

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 257 B

BERLIN • Dienstag, den 1. November 1932

1. JAHRGANG

Eine halbe Stunde Einheitsfront gegen Nazi-Terror.

Zu den amerikanischen Präsidentenwahlen.

Von Herbert Reinemann.

Am 8. November findet in den Vereinigten Staaten die Wahl des Präsidenten statt. Vermutlich wird diesmal die Republikanische Partei geschlagen werden. Ihre Kandidaten haben seit den neunziger Jahren fast immer gesiegt (ausgenommen die zwei Amtsperioden des Präsidenten Wilson, 1913—20). Aber es kommt in Amerika oft vor, daß in einer Krise die jeweils bisher im Amt gewesene Partei besiegt wird.

Als Barometer gilt in solchen Fällen der Staat Maine. Denn dort findet diejenige Wahl, in der gewisse staatliche und kommunale Ämter besetzt und die Vertreter zum Bundes-Kongreß gewählt werden, früher statt als die Wahl des Präsidenten; in fast allen andern Staaten liegen alle diese Wahlen einheitlich am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November. In den Wahlen von Maine haben dieses Jahr die Demokraten gesiegt. Dabei war Maine bisher eine Hochburg der Republikaner; diese siegten dort in jeder Wahl seit dem Sezessionskrieg (1861—65).

Es ist also mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der demokratische Kandidat, Franklin D. Roosevelt, der derzeitige Gouverneur des Staates New York, siegen wird. Der republikanische Kandidat ist der bisherige Präsident Herbert Hoover.

Aber welcher von diesen Beiden auch gewählt werden wird — das wird für die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und für die internationale Lage wenig Unterschied machen. Die beiden großen bürgerlichen Parteien unterscheiden sich etwa wie der rechte und linke Flügel der „verstorbenen“ Deutschen Volkspartei. Von Interesse ist für uns vielmehr, wie die beiden Arbeiterparteien abschneiden werden: die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei.

Außer diesen vier Parteien werden noch sechs kleinere Parteien das Wahlergebnis mitmachen. Aber sie sind sämtlich nur lokale Splitterparteien. Das gilt auch für die „Arbeitslosenpartei“ des katholischen Pfarrers Cox in Pittsburg, der Hauptstadt des amerikanischen „Ruhrreviers“. Cox hat am 5. Januar 1932 einen Zug Arbeitsloser aus dem benachbarten Harrisburg nach der Bundeshauptstadt Washington geführt und sich auch sonst im dortigen Stahldistrikt durch Wohltätigkeitspflege unter den Arbeitslosen einen Namen verschafft.

Die Hemmungen des Sozialismus in der USA.

Um das kommende Wahlergebnis zu beurteilen, muß man bedenken, daß die Sozialistische Partei die verhältnismäßig höchste Stimmenzahl 1912 erzielte: nämlich 902 000. Die Zahl der sozialistischen Stimmen sank 1916 auf 590 000 und stieg in der Wahl von 1920 nur auf 902 000, obwohl inzwischen das Frauenwahlrecht eingeführt worden war. Die Kommunistische Partei hat bisher nur zwei Präsidentenwahlen mitgemacht (1924 und 1928). Die für ihren Kandidaten abgegebenen Stimmen blieben beide Male unter 50 000.

Für europäische Verhältnisse sind derartige Wahlergebnisse aus einem Land mit einer Bevölkerung von 110 Millionen sehr klein. Diese Sachlage hat verschiedene Ursachen.

Zunächst ist bereits die Sozialistische Partei in den USA „radikaler“ als ihre sozialdemokratischen Vorbilder in Europa. Während des Krieges traten ihre Mitglieder gegen den Krieg auf. (Das erklärt den vorhin erwähnten Stimmenrückgang in der Wahl von 1916.) Als kurz nach dem Krieg fünf Sozialisten in das Parlament des Staates New York ordnungsgemäß gewählt wurden, warf die Polizei sie aus dem Parlament heraus. In dem großen Textilstreik von Passaic arbeitete Norman Thomas, der sozialistische Präsidentschaftskandidat, mit dem kommunistischen Studenten Weisbord, dem Führer des Streiks, zusammen.

Entscheidend aber ist die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Sozialistischen Partei. Diese Haltung gibt nicht die Stimmung der Arbeiter wieder, sondern der Gewerkschaftsbürokratie. Sie hat sogar Abstimmungsergebnisse einzelner Gewerkschaften zu Gunsten einer sozialistischen Partei einfach ignoriert.

Die Bürokratie der „American Federation of Labor“

11 Schwer- und 40 Leichtverletzte.



C. B. Ein Trupp von etwa 150 Nazis zog Sonntag vormittag geschlossen in das Hamburger Arbeiterviertel Hammerbrook ein. Laute Kommandorufe; hier und da werden gegenereiche Wahlplakate abgerissen. Als der Nazitrupp in die Wendenstraße einbiegt ertönen Flötensignale der Arbeiter; Arbeiterkurieren spritzen in die Nachbarstraßen. Bevor die Nazis die nächste Straßenecke erreichen, stehen 100 bis 200 Arbeiter in den Höfen und Hauseingängen. Antifa- und „Reichsbanner“-Genossen.

Die Nazis werden nervös, machen eine Strebke Laufschrift, fangen plötzlich an zu schießen. 10 bis 20 Pistolenschüsse fallen zum Teil in die Luft ge-

Der Hamburger Arbeitermord.

Hbg. Am Sonnabendnachmittag überklebten drei „Reichsbanner“-Leute ein Nazi-Plakat, das von einem Balkon gegenüber einem „Reichsbanner“-Lokal herabhing. Einige Nazis, die das sahen, stürzten auf die Straße. Da kam aus einer benachbarten Terrasse der Nazi Asmus hinzu

und erschoss ohne weiteres den „Reichsbanner“-Mann Suxdorf, der beim Knieen geholfen hatte.

Asmus flüchtete in seine Wohnung. Sofort sammelten sich empörte Arbeiter. Nur mit Mühe konnte die Polizei den Mörder in seiner Wohnung und nachher im Polizeiauto vor der erregten Menge schützen.

Da Asmus 22 Jahre alt ist, fällt der Mord unter die Todesstrafe-Bestimmungen der Notverordnung.

Nach den bisherigen Feststellungen hat der Wahlkampf am Sonntag in Hamburg elf Schwer- und über 40 Leichtverletzte gefordert.

richtet, zum Teil gegen die waffenlosen Arbeiter. Drei Arbeiter erhalten Verletzungen. Die Empörungswelle trägt die Arbeiter vor, aber ihre Zahl reicht nicht aus, die Nazis zu überrennen. Ein Polizeiflitzer saust heran. Die Polizei sperrt Nazis und Arbeiter von einander ab. Bevor die Polizei die Nazis in eine Postenkette eingeschlossen hat, saust ein Be-

Politische Justiz der Woche.

In der vergangenen Woche (23. bis 29. Oktober) sind uns insgesamt folgende Strafen wegen politischer Vergehen bekanntgeworden:

Gegen politisch Linksstehende: 150 Jahre Freiheitsstrafen, davon 128 Jahre 8 Monate Zuchthaus; gegen Nationalsozialisten: 20 Jahre Freiheitsstrafen; davon 3 1/2 Jahre Zuchthaus.

Unter den Strafen gegen links sind 12 Jahre 2 Monate Zuchthaus, mit denen ein Kommunist wegen Erschießung eines Polizeibeamten (vor Geltung der Terror-Notverordnung) bestraft wurde. Bei den übrigen Vergehen handelt es sich nicht um Tötungen.

(Weitere Berichte darüber im Inneren des Blattes.)

befolgt auch heute noch die alte Wahlparole: „Reward your friends and punish your enemies.“ (Belohne Deine Freunde und bestrafe Deine Feinde!) Das heißt: wer von den republikanischen und demokratischen Kandidaten in den jeweiligen Wahlbezirken am meisten zu Gunsten der Arbeiterschaft in der Wahlagitiation verspricht, dem sollen die dortigen Arbeiter ihre Stimmen abgeben.

Teils kommt dies daher, daß der Aufbau einer „dritten Partei“ in den USA nicht populär ist. Alle derartigen Gründungen sind verschwunden oder zu Splitterparteien herab-

AUS DEM INHALT:

- Preußen-Drama in fünf Akten. Wie steht es um die Reichsfinanzen? 6 Arbeiterleben für zehn Jahre vernichtet. Arbeiterelend in China. Die lebensmüde Abrüstungskonferenz. Ein eingeschleppter Wirtschaftssachverständiger.

gleitauto der Nazis davon. Bringt es die Schusswaffen fort? Einige Pistolen fliegen in den nahen Kanal.

Die Zahl der Arbeiter ist inzwischen auf fast 100 angewachsen. Alle kochen vor Wut, wollen die Arbeitermörder zur Rechenschaft ziehen. Das ist jedoch aussichtslos, denn die Polizei ist auch verstärkt, und der Posten im Flitzer hält sein Gewehr auf die Arbeiter gerichtet. Bei den „Reichsbanner“-Leuten starke Empörung gegen die Polizei.

Die Nazis werden nach Waffen durchsucht; einige, die von den Angeschossenen als die Schützen bezeichnet werden, kommen ins Polizeiauto. Der Nazizug zieht mit Polizeibegleitung ab.

Die gemeinsame Erregung hält die Arbeiter noch zusammen. Sie sehen nicht auf die Parteiabzeichen. Sie sind sich in ihren Forderungen einig:

„Was haben die Mörder hier im Hammerbrook zu suchen!“

„Wir brauchen keine Polizei, die die Nazis schützt!“

Was ich zu meinen Nachbarn über die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiterschaft sage, findet starke Zustimmung der Zuhörer, denn noch ist das Erlebnis der Solidarität im Bewußtsein: „Das wagen sie nur, weil wir nicht einig sind!“

Aber schon setzt die Gegenpropaganda ein:

„Da seht ihr: das ist die sozialdemokratische Polizei!“

Und morgen? Morgen lesen die einen wieder das „Hamburger Echo“ (SP), die anderen die „Hamburger Volkszeitung“ (KP). Dann wird die Einheitsfront wieder durch die sabotierenden Redakteure hinausgezögert!

Der Anstieg der Terrorkurve unter der „Ruhe und Ordnung“-Regierung.

Dem Informationsdienst der „Roten Hilfe“ entnehmen wir eine Statistik der

nationalsozialistischen Ueberfälle,

die deutlich den Anstieg des Naziterrors erkennen läßt.

- Vom 1. 9.— 6. 9. 2 Ueberfälle mit 3 Verletzten, vom 6. 9.—13. 9. 12 Ueberfälle mit 35 Verletzten, vom 13. 9.—20. 9. 27 Ueberfälle mit 32 Verletzten, vom 20. 9.—29. 9. 38 Ueberfälle mit 78 Verletzten, vom 29. 9.— 7. 10. 43 Ueberfälle mit 90 Verletzten, vom 7. 10.—14. 10. 60 Ueberfälle mit 64 Verletzten, vom 14. 10.—24. 10. 66 Ueberfälle mit 83 Verletzten.

Dieser Anstieg ist kein Wunder bei der von uns fortlaufend gezeigten Praxis der Sondergerichte!

gesunken, ausgenommen die Sozialistische und die Kommunistische Partei. Teils sind aber die Gewerkschaftsbürokraten mit den „Apparaten“ der Republikanischen und Demokratischen Partei verfilzt.

Während in Deutschland die Gewerkschaften lebendiger sind als die SPD, ist es in den USA umgekehrt. Dort wirkt die SP noch immer wie ein Pionier.

Der Gedanke, daß die Abgabe einer Stimme für eine „dritte Partei“ eine verlorene Stimme ist, und daß es besser sei, sich für Republikaner oder Demokraten zu entscheiden,

ohne sich um den Aufbau einer neuen Partei zu bemühen, — dieser Gedanke beherrscht auch die Farmer. So kommt es, daß — bei den Wahlen zum Kongreß — die von ihnen gewählten „radikalen“ Abgeordneten als Kandidaten einer der beiden bürgerlichen Parteien, gewöhnlich als Republikaner, gewählt werden.

Diese Republikaner heißen „Insurgenten“. Im Kongreß stimmen sie oft nicht mit ihren Parteigenossen. Aber das wird von der Partei nicht als Disziplinbruch geahndet. Zwar machen diese Insurgenten ihrer Partei gelegentlich zu schaffen. Aber das ist immer noch besser für die herrschenden Parteien, als wenn der betreffende Kandidat mit seiner Wählerschaft zur Sozialistischen Partei überginge. — Und der betreffende Parlamentarier bleibt lieber bei der großen Partei, weil er andernfalls nicht sicher wäre, wieder gewählt zu werden.

Herriots Plan hat bisher noch keine Feinde.

H. M. Herriot habe mit seinem Plan, den er am Freitag vor der französischen Kammer entwickelt hat, „den Stier (das ist das Abrüstungsproblem) bei den Hörnern gepackt“ und die wohlwollende abwartende Haltung der deutschen Regierung sei „richtig und klug“. So urteilt die deutsche liberale Presse über die neuen französischen Vorschläge. Und auch die Rechtsprelle schrieb am Sonnabendabend und Sonntag nicht mehr über die „unverschämte Rede Herriots“, wie sie es — gewohnheitsgemäß — in ihren ersten Meldungen tat.

In einer offiziellen Erklärung stellt die deutsche Reichsregierung fest, daß die Rede Herriots deshalb interessant sei, weil zum ersten Male ein französischer Ministerpräsident den Standpunkt verlassen habe, daß der Versailler Vertrag unantastbar sei, und daß vor allem sein Teil 5 unter allen Umständen unberührt bleiben müsse. Der Plan berücksichtige die Bedürfnisse und Gesichtspunkte anderer Länder in höherem Maße, als dies französische Pläne getan haben.

Auch außerhalb Deutschlands sind bisher noch keine Stimmen laut geworden, die dem französischen Plan feindlich gegenüber stehen. Der „Populaire“ behält sich seine endgültige Stellungnahme vor, bis der gesamte Plan bekannt ist, den er aber ganz wohlwollend erwägt. Es ist erstaunlich, wie freundlich die Worte sind, die selbst reaktionäre französische Zeitungen — darunter das „Echo de Paris“ — für Herriot finden.

Offiziösen Mitteilungen zufolge ist die amerikanische Regierung bereit, Frankreich die von Herriot geforderten

Zu dieser Psychologie der Wähler kommt, daß zwischen der Republikanischen und Demokratischen Partei, wie erwähnt, wenig Unterschied besteht. Die meisten Wähler wählen die eine oder andere Partei aus Tradition oder aus geschäftlichen Rücksichten, bis sie in einer Krise großenteils zu der jeweils nicht im Amt gewesenen Partei schwenken. Die große Masse der Amerikaner ist also einen Wahlkampf, in dem sich prinzipielle Gegner gegenüberstehen, seit dem Sezessionskrieg (1861—65) zur Abschaffung der Sklaverei in den Südstaaten „überhaupt nicht gewohnt“. (Bis dahin waren die Republikaner gegen Sklaverei und für Hochschutzzoll, die Demokraten für Sklaverei und gegen Hochschutzzoll. Diese Gegensätze sind inzwischen in Wegfall gekommen.)

Diese außergewöhnliche politische Verflachung muß man sich ausmalen, um das Wahlergebnis am 8. November richtig einzuschätzen.

Sicherheiten zu geben, z. B. die Garantie für die deutsch-französische Grenze. Als Gegenleistung würden die Vereinigten Staaten jedoch eine wesentliche Abrüstung verlangen, die sich vor allem auf das stehende Heer, die schwere Artillerie und Tanks erstreckt. Andere Meldungen besagen, daß die Regierung nicht gewillt ist, amerikanische Truppen in Europa einzusetzen.

Herriot sprach am Sonntag in Poitiers, u. a. auch über die Abrüstungsfrage. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der französische Plan mindestens der Mittelpunkt für einen Zusammenschluß aller mutigen und gutwilligen Geister werde. — Herriot ist dann nach Madrid abgereist, wo er Montag mittag eingetroffen ist.

Ein vielsagender Fehler

ist der Telegraphen-Union bei der Uebersetzung von Herriots Kammerrede unterlaufen. Bei ihr steht unter Punkt 6 des französischen Sicherheitsplanes: „Das Kriegsrecht muß obligatorisch für alle Staaten sein, die dem Pakt beitreten.“ Es sollte wohl heißen, wie Herriot auch gesagt hat, daß das Schiedsrecht obligatorisch sein soll!

Aufhebung des französischen Syrien-Mandats?

In französischen Blättern ist davon die Rede, daß das französische Mandat über Syrien durch einen Vertrag zwischen französischen und der syrischen Regierung ersetzt werden wird, der etwa dem Vertrag zwischen England und dem kürzlich mündig erklärten Irak entspricht.

Die lebensmüde Abrüstungskonferenz.

„Der französische Abrüstungsplan“ wird voraussichtlich erst kurz vor dem 21. November — an dem die Tagung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz stattfindet — in Genf beraten werden, damit den Delegationen Zeit zu seiner Prüfung gegeben wird. Vielleicht gelingt es Herriot, der Abrüstungskonferenz durch diesen Plan frisches Leben einzuflößen. Die soeben veröffentlichten Berichte effizienter Ausschüsse muten noch sehr unfruchtbar an.

In dem Bericht über Kontrollfragen

empfiehlt der belgische Berichterstatter Bourquin die Einsetzung eines ständigen Abrüstungsausschusses, der Kontrollkommissionen einzusetzen ermächtigt ist, welche an Ort und Stelle Untersuchungen vornehmen können, wenn ein Staat ein Abrüstungsabkommen gebrochen hat. „Praktische Entschlüsse in der Richtung wirksamer Kontrollmaßnahmen“ überläßt Bourquin dem Büro der Abrüstungskonferenz!

Viel mehr Neues ist auch Pilotti nicht eingefallen, dem italienischen Berichterstatter über die

Abschaffung des chemischen und bakteriologischen Krieges.

Er schlägt vor, die Anwendung, Herstellung und Ausführung chemischer und bakteriologischer Waffen zu verbieten. Im Falle der Anwendung sollen die ausländischen diplomatischen Vertreter dem Abrüstungsausschuß einen Bericht darüber unterbreiten, dann sollen Erwägungen (!) von Gegenmaßnahmen folgen, u. s. w.

Der Bericht über die Frage, in wie weit

Polizeitruppen zum Militärbestand

zu zählen seien, rechnet hierzu solche Formationen, die über „Kollektivwaffen“ wie Maschinengewehre verfügen, eine militärische Ausbildung erhalten haben, die außerhalb des Unterriehts in gymnastischen Übungen und der Unterweisung im Gebrauch von Handwaffen liege, kaserniert sind, eine Ausbildung zu Hundertschaften erhalten haben, militärisch organisiert sind oder vor ihrer Einstellung in den Polizeidienst eine militärische Ausbildung erhalten haben.

Zu solchen Truppen gehört auch die deutsche Schutzpolizei.

Wieder Koalitionsregierung in der Tschechoslowakei.

Da die Sozialdemokraten und Agrarier sich über die Kürzung der Beamtengehälter nicht einigen konnten, drohte Präsident Masarik mit einer „Beamtenregierung“, d. h. einer Regierung, die unabhängig vom Parlament regieren sollte. Um das parlamentarische System zu retten, haben daraufhin sowohl die deutschen, als auch die tschechischen Sozialdemokraten einer Senkung der Beamtengehälter von mehr als 1150 Mark monatlich zugestimmt.

Die neue Regierung ist bereits am Sonntag vereidigt worden. Ministerpräsident ist Malypetr, Innenminister der Agrarier Ceray, Böhmesch bleibt weiter Außenminister. In der Regierung sind 4 Sozialdemokraten, 3 Agrarier, 2 Katholiken. Die übrigen Minister gehören anderen bürgerlichen Parteien an.

Rundfunksendungen

zur Feier der russischen Revolution.

Am 5. November beginnen im russischen Rundfunk die Sonderveranstaltungen zur Feier der 15. Jahrestage der russischen Revolution. Mehrere der Reden sollen ins Ausland übertragen werden.

Stalin wird viermal im Rundfunk reden.

Am 7. November hält Wjroschilow eine Ansprache an die Rote Armee. Dann wird jeder Regimentskommandeur durch Mikrophon dem Kriegskommissar Bericht erstatten. Auch diese Berichte werden durch Radio in der ganzen Sowjet-Union verbreitet.

Krieg und Bürgerkrieg im Fernen Osten.

Bei Sansin, am Sungari-Fluß, fanden schwere Kämpfe zwischen chinesischen und japanischen Truppen statt, bei denen 220 Chinesen getötet sein sollen.

In der Provinz Fukien, in der kürzlich von einem Vormarsch der Roten Armee die Rede war, ist die Regierung auf Beschluß der Kantoner Regierung hin abgesetzt worden. Die Gewalt ist in den Händen der 19. chinesischen Armee.

In der Provinz Kinangsu gab es in jüngster Zeit häufig Bauernrevolten als Protest gegen die Steuererhöhungen. In Jangtschou steckten die Bauern das Finanzamt in Brand und töteten mehrere Beamte. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand erklärt.

Vertrag über türkisch-syrischen Besitz.

Der türkische Außenminister und der dortige französische Botschafter haben einen Vorvertrag unterzeichnet, der die Streitfrage des syrischen Besitzes auf türkischem und des türkischen Besitzes auf syrischem Boden endgültig regelt.

Wieder Schlägereien in London.

Am Sonntag veranstalteten die Erwerbslosen in London eine Kundgebung, bei der auch die Teilnehmer am Hungermarsch anwesend waren. Es kam wieder zu mehreren Zwischenfällen mit der Polizei. Insgesamt wurden 30 Personen verletzt.

Der Kommunismus entspricht nicht dem japanischen Geist!

In einem Massenprozeß in Tokio wurden 189 Kommunisten zu insgesamt 300 Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, die Kommunisten wollten die japanische Armee zersetzen. Die kommunistischen Ideale entsprächen aber auch nicht dem Geist des japanischen Volkes.

Aus ähnlichen Gründen und weil sie angeblich in Yokohama einen Straßenbahnstreik organisieren wollten, wurden weitere 30 japanische Kommunisten verhaftet.

100 Soldaten im Chaco verdurstet.

Im Gran-Chaco-Gebiet haben paraguayische Truppen 100 Leichen bolivianischer Soldaten gefunden, die sich im Dschungel verirrt haben und verdurstet sind.

Einen schwerwiegenden Protest hat der litauische Gesandte in Berlin an das deutsche Außenministerium gerichtet, weil am 16. Oktober das Schild des litauischen Konsulats in Tilsit beschmutzt worden sein soll! Die deutschen Behörden haben über den Fall Ermittlungen eingeleitet.

Die dänischen Folketing-Wahlen finden am 16. November statt.

In Nicaragua wurden bei einer Schlacht zwischen Aufständischen und Regierungstruppen 62 Personen getötet.

In Mexiko fanden heftige Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen oder — den Berichten zufolge — Räubern — statt, bei denen 19 Personen getötet wurden.

Ein eingeschleppter Wirtschafts-Sachverständiger.

Noch immer das alte, nicht das „andere“ Deutschland.

Wer. Wir hatten vor einiger Zeit in ausführlicher Weise eine Broschüre besprochen, die der Verlag: „Das Andere Deutschland“, herausgegeben hat: „Deutschland“. Wir sagten damals:

„Der Verlag „Das Andere Deutschland“ (Berlin W 57, Bülowstr. 105) hat eine verdienstvolle und tapfere Broschüre: „Deutschland“ herausgegeben. Zwar haben wir gegen den wirtschaftlichen Teil dieser Broschüre, wie wir im Wirtschaftsteil dieser Nummer zeigen, begründete Bedenken. Dennoch halten wir ihre Herausgabe für gut. Erfüllt der Verlag doch damit die Aufgabe, die heute dringlicher ist denn je: Vergessenes ins Gedächtnis zurückzurufen und an Hand dessen die Vergangenheit zu analysieren, um schließlich zu zeigen, daß der Kampf um diese Republik völlig sinnlos ist. Wertvoll ist das Heftchen besonders wegen des Beweises, daß nicht etwa der Faschismus groß geworden ist, weil die Arbeiterparteien es an nationaler Politik fehlen ließen, sondern vielmehr, weil sie auf den nationalen Schwindel der anderen Parteien hereinfielen.“

Daran schloß sich ein Referat über den politischen Teil. Die Kritik des ökonomischen Inhalts begann so:

„Nur mit starken inneren Hemmungen nehmen wir hier kritisch Stellung zu den ökonomischen Teilen der „Deutschland“-Broschüre, die soeben vom Verlag der verdienstvollen Wochenzeitung „Das Andere Deutschland“ herausgegeben wird.“

Soweit die Broschüre sich gegen den Militarismus richtet, wie er bis in die Reihen der SPD und KPD eingeschleppt ist, stimmen wir ihrem Inhalt völlig zu. Gerade deshalb bedauern wir es um so mehr, daß der erste, ökonomische Teil der — laut Vorwort des Verlages — von „besten Sachkennern geschriebenen Broschüre“ von Fehlern geradezu strotzt. Diesen Sachkennern des uns befreundeten Verlages, mit dessen tapferem Kampf gegen den Militarismus wir uns eng verbunden fühlen, sind — aus Solidarität — die folgenden Zeilen in erster Linie gewidmet.“

Daran schloß sich eine Aufzählung der verschiedensten Fehler innerhalb der erwähnten Broschüre. Auf diesen Hinweis reagiert der wirtschaftliche Bearbeiter Heinrich

Ströbel nicht mit einer Widerlegung der von uns erhobenen Einwände, auch nicht mit einer Anerkennung ihrer Berechtigung, sondern so:

„Statt den Kampf gegen Nationalismus und Geldsackherrschaft selbst klar und wirksam zu organisieren und den nach Erkenntnis und ehrlicher Führung leuchtenden Massen konkrete Ziele der einzelnen Kampfzettel zu zeigen, verfiel man häufig dem hohlsten Phrasenradikalismus und dem überstülpten Spintisieren.“

Ein Musterbeispiel dafür ist eine Polemik der Tageszeitung „Der Funke“, die sich gegen den Wirtschaftsteil der „Deutschland“-Broschüre richtet, deren antimilitaristischem Teil sie gnädigst ihren Beifall spendet.

Man sollte meinen, daß diese Broschüre ... von jedem Sozialisten und Antimilitaristen mit freudigstem Dank begrüßt werden sollen. Selbst wenn sie mancherlei Lücken und vermeintliche Übertreibungen enthalten hätte.

Aber nein: sobald jemand aus den Wolkenhöhen grauer Theorie auf das Blachfeld des wirklichen Kampfes herabsteigt und die Gegner von Fleisch und Blut an der Kehle zu packen wagt, empfinden das die wahren Hüter der „Theorie“ und des „echten Sozialismus“ als Veründigung im Geiste des Sozialismus und des Klassenkampfes. Und statt eine nützliche Kampfschrift verbreiten zu helfen, beginnt man pedantisch zu schulmeistern.

Genug von solcher Flohknackerei und Rabulistik. Aber wir müßten dieses Beispiel erwähnen, um den traurigen Ungeist des „revolutionären“ Sektierertums zu kennzeichnen, der jede wirkliche Einheitsfront und jede ehrliche Kampfgemeinschaft unmöglich macht. Diese Sektenhäuptlein und Alleinwieser empfinden es geradezu als Kränkung ihrer Unfehlbarkeit, wenn andere einmal eine wirksame und zeitgemäße Broschüre zu schreiben wagen.“

Wieso Ströbel seine „Arbeit als wirklichen Kampf“ bezeichnet im Gegensatz zu dem des „Funken“, bleibt sein Geheimnis. Und wo er den Kampf „gegen Nationalismus und Geldsackherrschaft selbst klar und wirksam“ organisiert hätte, wirkamer als der ISK, bleibt auch sein Geheimnis. Dies wäre noch eine Frage, auf die man Ströbel bitten könnte, zu antworten. Was er zu unserer Kritik im übrigen sagt, bitten wir unsere Leser selber zu beurteilen. Wir hängen es zu diesem Zweck hier tiefer!

„Waldmensch.“

Ein Russentilm von Alex Lilwinow.

„Kamera“ (Berlin).

Hinter diesem Titel versteckt sich keine wildromantische Affengeschichte à la Tarzan. Zwar wuchert die Wildnis des Urwaldes, zwar erleben wir die barbarische Romantik eines primitiven Volkstammes. Aber dies alles ist keine Ueberstrumpfpoesie, sondern das Filmdokument eines ausstarbenden Volkes aus den ostsibirischen Wäldern.

Nordwestlich von Wladiwostok haust dieser Mongolenstamm der Udeche, etwa 1200 an der Zahl, von denen 600 noch fast völlig unberührt von Zivilisation und Sowjets leben.

In epischer Breite (manchmal auf Kosten der Lebendigkeit) rollt das Leben dieses primitiven Jägervolkes ab. Die Jagd nach Fleisch und Pelztieren bestimmt den Tageslauf: Strenges Arbeitsteilung herrscht. Die Frauen bessern Gerichte aus und bereiten das Essen vor. Erst wenn die Männer gegessen haben, dürfen auch sie die Mahlzeit einnehmen. Der Höhepunkt im Jahreslauf ist die Bärenjagd. Vor diesem wichtigen Ereignis werden erst die bösen Geister gebannt: In wilden ekstatischen Tänzen erschöpfen sich die Zauberer, die Schamanen; bis sie fast leblos zusammenbrechen. Auch der Sieg über den Bären wird in einem religiösen Fest gefeiert. Erst wenn die Männer den Bärenkopf verspeet haben, dürfen die Frauen am Fest teilnehmen. Nach strengem Ritus finden auch die anderen Feiertlichkeiten statt. Der Bräutigam z. B. muß die Braut von ihrem Vater kaufen. Gestickte Hemden, Waffen, Felle bilden den Großteil des Kaufpreises. Gültig ist auch die Kinderhehe.

Die Ursprünglichkeit und Anmut dieser Barbarie hat etwas Bezwingendes. Im mörderischen Jagdhandwerk scheint jenseits von Gut und Böse zu stehen; sie wirken mehr wie intelligente schöne Raubtiere. Ekel und Abscheu erlaubt uns erst vor einem zivilisierten Publikum, das dieses Schauspiel wie in einer Festsitzung mit wollüstigem Grauen genießt.

Wie besetzt die tierische Natur sein kann, zeigt ein hinreißendes Bildern ein kleiner Film aus dem Ballettprogramm: „Das Gesicht des Tieres.“ Ipp.

Preußen-Drama in fünf Akten.

1. Akt: Braun besucht Hindenburg.

Die amtliche Verlautbarung sagt darüber:

Hindenburg war freundlich und sagte, er stelle sich mit der Reichsregierung auf den Boden des Leipziger Urteils. Eine einheitliche Reichspolitik (das neue Schlagwort für Vergewaltigung der Länder!) müsse gewahrt werden.

Braun forderte, daß der Reichskommissar sich nur noch in Dinge mischen solle, die der Sicherung von Ruhe und Ordnung dienen.

Papen bescheinigte darauf dem preußischen alten Ministerium, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität Brauns und seiner Kollegen nie angezweifelt habe.

Hindenburg hoffte zum Schluß, daß noch „eine Verständigung erzielt werden möge“.

2. Akt: Papen verbilligt unterdes die Verwaltung.

Einige der wichtigsten Paragraphen der Verordnung, die der Prälat Lauscher (Zentrum) als den Versuch bezeichnet, aus Preußen „eine große, etwa 45 Millionen Menschen niederen Rechts umfassende Provinz“ zu machen, die „von ostelbischen Junkern verwaltet werde“, drucken wir hier ab:

§ 2.

Es bestehen folgende Fachministerien:

1. Das Ministerium des Innern, 2. das Finanzministerium, 3. das Justizministerium, 4. das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 5. das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 6. das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt wird aufgehoben. Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten bleiben unberührt.

§ 3.

(2) Das Ministerium für Handel und Gewerbe erhält die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“.

(3) Die im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit künftig zu verwaltenden Geschäfte werden in folgenden Abteilungen bearbeitet:

1. Zentralabteilung. — 2. Bergabteilung. — 3. Wirtschaftspolitische Abteilung. — 4. Sozial- und Gewerbeabteilung. — 5. Verkehrsabteilung.

§ 6.

(1) Die Zuständigkeit des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Enteignungssachen geht auf das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit über.

(2) Die im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung künftig zu verwaltenden Geschäfte werden in folgenden Abteilungen bearbeitet:

1. Zentralabteilung. — 2. Geistliche Abteilung. — 3. Abteilung für Wissenschaft und Kunst. — 4. Abteilung für Unterricht und Erziehung.

§ 10.

Der Fachminister (der Fachminister in Gemeinschaft mit dem Finanzminister) kann Entscheidungen, die nach den für die unmittelbaren Staatsbeamten und Lehrer geltenden Besoldungs- und Versorgungsvorschriften von ihm (von ihm in Gemeinschaft mit dem Finanzminister) zu treffen sind, auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 13.

(1) Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1932 in Kraft.

(2) Mit dem gleichen Tage treten die entgegenstehenden Vorschriften, auch Bestimmungen in Satzungen oder Statuten sowie sonstige Zuständigkeitsregeln außer Kraft.

§ 14.

(1) Die sich aus der Umgebung ergebenden Ueberleitungsarbeiten müssen bis zum 1. Februar 1933 beendet sein.

3. Akt: Braun beschwert sich über den Reichskommissar:

„1. Eine Verringerung der Zahl der preußischen Ministerien war von der preußischen Staatsregierung für den August dieses Jahres in Aussicht genommen. An der Ausführung dieser Pläne ist sie durch die Einsetzung des Reichskommissars vom 20. Juli verhindert worden.“

Trotz der Bereitschaft der Staatsregierung zu einer Verständigung über diese Frage haben die Reichsregierung und der Reichskommissar die heutige Verordnung ohne vorherige Fühlungnahme mit der Staatsregierung erlassen.

Die betreffende Nummer der preußischen Gesetzessammlung wurde zur gleichen Zeit ausgedruckt, in der die Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten Braun beim Herrn Reichspräsidenten stattfand. Damit hat die Reichsregierung nach Auffassung der preußischen Staatsregierung nicht nur die vom Staatsgerichtshof ausdrücklich gewünschte loyale Zusammenarbeit mit der Staatsregierung außer Acht gelassen, sondern auch in ein unveräußerliches Hoheitsrecht der preußischen Staatsregierung eingegriffen, nämlich in das früher dem Träger der Krone (!) zustehende Organisationsrecht hinsichtlich der Bestimmung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist ein solches Vorgehen des Reichskommissars keinesfalls erforderlich.

2. Der Reichskommissar hat die Verordnung auf Grund der sogenannten Dietramszeller Ermächtigungsvorordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassen. Diese Verordnung gibt aber nicht dem Reichskommissar, sondern der Landesregierung das Recht, Notverordnungen zu erlassen. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist Landesregierung nur die preußische Staatsregierung. Wie es in den Gründen der Entscheidung wörtlich heißt, kann „an die Stelle der Landesregierung auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden“. Es war daher auch aus diesem Grunde unzulässig, die Verordnung auf Grund der Dietramszeller Verordnung, noch dazu mit der Unterschrift „preußisches Staatsministerium“ zu erlassen.“

4. Akt: Auch Bayern meldet Enttäuschung.

Amlich wird mitgeteilt: „Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis geleitet:

Der Ministerialrat hat sich oben auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preußens befaßt. Nach seiner Überzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reich und unter einander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet werde. Der Ministerrat bittet daher den Herrn Reichspräsidenten, keine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.“

5. Akt: Hindenburg legt Urteile aus.

Auch auf das Protesttelegramm der bayerischen Regierung hin hat der Reichspräsident dem Reichskanzler aufgetragen, der bayerischen Regierung mitzuteilen, daß ihre Beschlüsse von falschen Voraussetzungen ausgingen. Die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung hielten sich durchaus innerhalb der Aufgaben, die dem Staatskommissar durch das Urteil des Staatsgerichtshofes zugewiesen worden seien.

Die Reichsregierung ist, wie sie mitteilen läßt, in der Tat der Auffassung, daß der Leipziger Spruch ihre Vollmachten erweitert habe. (Es handelt sich um die Stelle der Urteilsbegründung, wonach der Reichspräsident eingreifen könne, um zwischen Reich und Ländern bestehende Differenzen in der beiderseitigen Politik zu bereinigen und diese Politik auf eine „einheitliche Bahn“ zu bringen.

Selbstverständlich ist eine solche Auslegung hergeholt, denn die Verordnung Hindenburgs zur Einsetzung eines Reichskommissars ist nur als zu Recht bestehend anerkannt worden, weil s. Zt. die Ruhe und Sicherheit in Preußen gefährdet war. Es wurde sogar ausdrücklich festgestellt, daß man von „Ermessensmißbrauch“ bei Hindenburg würde reden können, wenn die Verordnung offensichtlich nicht zum Zwecke der Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit, sondern aus anderen Gründen erlassen worden wäre.

Die juristische Argumentation Otto Brauns (und natürlich auch seine Einwände rein menschlicher Art über die ihm zuteil gewordene Behandlung durch Hindenburg und Papen) halten wir für richtig: Der Reichskommissar hat, wenn er überhaupt eine Spur von Berechtigung hat, so nur die Aufgabe, die Ruhe und Sicherheit wiederherzustellen.

Aber wann endlich wird sich Otto Braun auf die Kräfte besinnen, und an die appellieren, die ihn an die Stelle getragen haben, wo er steht! Ein Sohn des Volkes ist Otto Braun, nicht so sehr des deutschen, als vielmehr des Arbeitervolkes.

Es ist sein Fehler, daß er sich mehr als Deutscher eingerichtet hat, denn als Sohn des Volkes.

Wir glauben nicht sehr an einen Umschwung in der Braunschen Politik. Um so mehr muß man der Arbeiterschaft und ihren nicht ministeriellen Führern zuzurufen, sich endlich von der Verantwortung für diesen Staat der Junker und Generäle auch äußerlich freizumachen. — Wo bleiben die Protestaktionen der Arbeiterschaft? Wo bleiben Kundgebungen, wo gemeinsame Streikaktionen?

Dem allen steht der Wunsch der Arbeiterschaft entgegen, im Wahlkampf dem andern Stimmen abzugeben. Im Augenblick, wo der Gegner nach der Macht greift, greifen die Parteien noch immer nicht zu der einzigen hier möglichen und nötigen Abwehraktion: Der Einheitsfront der Werktätigen — auf ehrlicher und uneigennütziger Basis selbstverständlich. Eine solche Front wird leider sowohl von der KP als auch von der SP sabotiert.

Damit stehen wir wieder bei den Gewerkschaften. Nicht weil sie politisch radikaler wären, aber weil sie die Einheitsfront vorläufig noch verwirklicht haben. Sie zu erhalten, auszubauen, zu kräftigen Aktionen zu befähigen und anzuhalten, ist mit die wichtigste Tagesaufgabe einer konsequenten Arbeiterpolitik.

Die neue kommissarische Preußenregierung.

Die Ernennungen für die neue kommissarische Preußenregierung werden heute veröffentlicht, nachdem die Urkunden bereits vollzogen worden sind:

Innere: Dr. Braucht, der zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt worden ist,

Finanzen: Dr. Popitz, ebenfalls zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt,

Landwirtschaft: Reichsernährungsminister von Braun, ferner:

Wirtschaft und Arbeit: Staatssekretär Ernst,

Kultus: Prof. Dr. Kähler-Greifswald,

Justiz: Staatssekretär Hölischer.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Achtung! Gastwirtschaft „Niedersachsen“, Südklink, ist seit einigen Tagen Nazi-Verkehrslokal, das wir selbstverständlich meiden werden. Die angekündigte Versammlung findet jetzt statt: Dienstag, den 1. November, 20.15 Uhr, in der „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Fort mit Papen und Schleicher! Gegen Rüstungswahn und Völkerverhetzung! — Redner: Grete Hermann (Berlin).

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (17)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Zwischen 19 Leidensgenossen liegt der Kohlenhauer Jupp Strugalski in einem großen Saal des Krankenhauses. Wenn die Tafel über dem Bett nicht mit seinem Namen, Stand, Alter, Religion und dem Vermerk „verheiratet“ versehen gewesen wäre, hätte niemand den armen Jupp erkennen können. Wie er so in dem weißbezogenen Bett liegt, sieht man von ihm nur den Mund mit dem struppigen Schnurrbart und seine weiße Nasenspitze. Alles andere verschwindet in einem Wust von vielen Metern Gaze und Verbandstoff. Man hat ihm das Bett an der äußersten Wand zugewiesen, damit er die anderen nicht so sehr in ihrer Ruhe stört durch sein Gejammer und Gestöhne. Mit der Ruhe aber ist das eine eigene Sache. Von Menschen mit zerquetschten Brustkästen, gebrochenen Rippen, abgeschlagenen Armen und Beinen kann man nicht verlangen, daß sie die Hausordnung im Kopfe haben. Wie ein Feldlazarett nach einer großen Schlacht sieht dieser Krankensaal aus. Und schwer ist der Kampf, als dessen Opfer diese zwanzig Männer hier liegen. Ein fortwährender Krieg zwischen Mensch und Naturgewalten ist die Arbeit der Kumpels unter Tage. Mal bleibt der Mensch Sieger, dann wieder Kohle und Stein. Daß dieser Kampf in der Grube sich nicht in sanften Formen abspielt, daß er vielmehr ein maßlos heftiger Guerillakrieg ist, davon zeugen diese verbundenen Köpfe und Gliedmaßen, die leer herabbaumelnden Jackenärmel und Hosenbeine. Die Krankenwärter in den langen, braunen Kutten der barmherzigen Brüder haben alle Hände voll zu tun, um nur die nötigste Arbeit zu schaffen, um die Kranken mit Speise und Trank, mit Medizin und Einspritzungen, mit all den kleinen Handreichungen, die ihre Schmerzen lindern sollen zu versehen. Doch ihre düstere Gewandung, ihre ernsten Mienen, in denen man nur zu oft grundlos Abge-

stumpfheit und Gefühllosigkeit zu lesen vermeint, können nicht erheitend auf die Gemüter der Kranken wirken. Die Kumpels, die nicht an das Bett gefesselt sind, unterhalten sich, spielen Karten, lesen, schreiben oder sprechen ihren bettlägerigen Kumpels Trost zu und suchen sie aufzumuntern. Zwanzig verletzte Kumpels in einem Krankensaal, — und auch hier dieselbe Kameradschaft, dieselbe Schicksalsverbundenheit wie unter Tage, in der Grube.

„Wasser — — Wasser“, stöhnt Jupp Strugalski. Sein an einer Krücke durch den Saal humpelnder Bettnachbar hört es, besorgt ihm ein Glas Wasser, setzt es dem Dürstenden an die Lippen, paßt auf, daß er sich nicht verschluckt. Dann setzt er sich neben ihn, faßt seine Hand:

„Na, Kumpel“, fragt er ihn, „geht's jetzt schon etwas besser?“

„Ja, bißchen geht's schon“, erwidert Jupp. „Habe ich viel Krach gemacht?“

„Es geht. Hast nicht schlecht gejammert, gestern und heute nacht. Die Kohle hat dich ja miserabel zugerichtet“, sagt der Einbeinige, mit einem schwachen Versuch zu lächeln. Es ist ein noch sehr junger Mensch mit glattem Gesicht und dunkelblondem, gescheiteltem Haar. Aber in sein Gesicht ist ein Zug von Verbitterung eingegraben, der sich besonders dann noch schärfer ausprägt, wenn er sein linkes Hosenbein betrachtet, das mit einer Sicherheitsnadel unter dem Rumpf zusammengesteckt ist. Sein Bein mußte amputiert werden, denn die Kohlenwagen, zwischen denen es gequetscht war, hatten nur eine blutende, breiartige, von Knochensplintern durchsetzte Fleischmasse davon übriggelassen.

Bei den letzten Worten seines Bettnachbarn richtet Jupp sich mühsam auf, stützt den Oberkörper auf den Ellenbogen.

„Was ist mit mir los, Kumpel? Sag mir die Wahrheit, haben sie mir was weggenommen?“

Seine Nasenspitze reckt er nach vorn, als wollte er mit ihr in das Gesicht des Kumpels sehen, seine Hand klammert sich um die des anderen.

„Sag mir ehrlich, Kumpel, sind meine Knochen noch alle heil, noch alle dran?“

Der Einbeinige beruhigt ihn.

„Ist noch alles da, brauchst keine Angst zu haben.“

„Sagst du mir auch bestimmt die Wahrheit?“

„Würde nicht, aus welchem Grund ich dich beschwindeln sollte.“

„Wenn noch alles da ist, na, dann ist gut“, seufzt Jupp erleichtert, läßt sich in die Kissen zurückfallen. „Du, aber meine Augen. Die brennen, als wenn Höllensein drin ist.“

„Ja, da wirst du wohl ein paar Tage warten müssen, bis du die wieder aufmachen kannst. Der ganze Schuß ist dir ins Gesicht geflogen, hat dein Kumpel gesagt, der gestern hier war. Kein Wunder, daß sie dich da mächtig schmerzen. Aber wird schon besser werden. Nur Geduld, Kumpel!“

„Verfluchter Mist ist das alles. Sehen kann man nischt, liegt hier hilflos wie so'n kleines Kind. Wenn ich wüßte, — — ich sollte blind werden, — — Mensch, Kumpel, ich machte Schluß, hängte mich auf oder würde aus dem Fenster rauspringen. Blind werden, das Schlimmste, was ich mir denken kann. Herrgott nochmal, verrückt kann man werden, wenn man bloß dran denkt. Hat man sich das ganze Leben gequält, hat geschuftet wie ein Hund, — — und nachher soll das das Ende sein?“

Ein Schweigen entsteht.

„Du“, sagt Jupp nach einer Weile, „warum bist du hier?“

„Ich? Warum ich im Krankenhaus bin? Zum Vergnügen bestimmt nicht.“

„Na ja, weiß ich. Ich meine, was dir fehlt?“

„Mir? Nicht viel, — nur ein Bein. Mit dem anderem kann ich jetzt durch Leben hopsen, zum Marschieren lang's nicht mehr. Feine Sache was?“

„Kumpel, muß nicht so sprechen. Mit solchen Sachen macht man kein Spaß. Armer Kerl, du, hast du Frau und Kinder?“

„Ne, wär ein bißchen reichlich früh.“

„Wieso denn? Wie alt bist du denn?“

„Neunzehn Jahre.“

Wie vier schwere Hammerschläge fallen diese vier Silben, Jupp richtet sich auf.

„Neunzehn Jahre — und schon — —“

„Und schon ein Krüppel“, vollendet der Einbeinige den Satz.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterelend in China.

Rechtlose Kulis.

Die „North-China Daily News“, die führende britische Tageszeitung in China, bringt in ihrer Nummer vom 6. September den Bericht ihres „eigenen Korrespondenten“ aus Hankau, der hier zunächst in Uebersetzung und auszugsweise wiedergegeben werden soll.

„Es ist sehr erfreulich“, stellt jener Korrespondent nach einigen einleitenden Bemerkungen über die angeblich noch schlecht funktionierende Polizeiverwaltung des chinesischen Teils von Hankau fest, „von einem Zwischenfall berichten zu können, bei dem ein Ausländer durch einen Rikscha-Kuli angegriffen worden ist, wobei die Folgen dieses Angriffs für den Kuli verhängnisvoll wurden. Der Ausländer, der am Rennklub ausstieg, gab dem Kuli das übliche Fahrgeld, dieser jedoch verlangte sofort den doppelten Betrag und faßte den Ausländer am Aermel, als dieser sich weigerte, mehr zu zahlen. Anstatt sich zu wehren, zahlte der Ausländer daraufhin die verlangte Summe, erklärte aber gleichzeitig, daß er den Vorfall der Polizei melden würde. Der Kuli erwiderte in englischer Sprache und mit beleidigenden Ausdrücken, daß ihm das gleichgültig sei. Offenbar nahm er an, daß nichts dabei herauskommen würde.“

Der Ausländer hatte sich aber die Nummer der Rikscha gemerkt und setzte sich am nächsten Morgen mit dem Polizei-Chief in Verbindung, der ihm erklärte, den Kuli verhaften zu wollen. Schon am Nachmittag erhielt er die Nachricht, daß das geschehen sei, wobei er gebeten wurde, nach der Wache zu kommen, um den Kuli zu identifizieren. Dies tat er und forderte gleichzeitig die Polizei auf, den Fall vor Gericht zu bringen, um so auch den anderen Rikscha-Kulis eine Lehre zu erteilen. Der Polizei-Chief sagte jedoch, daß er den Fall auch ohne Gericht erledigen könne. Das geschah in der üblichen Weise, indem er den Kuli tüchtig prügeln ließ, ihm zehn Tage Gefängnis gab und ihm außerdem verbot, in Zukunft eine Rikscha zu ziehen. Den Ausländer lobte der Polizei-Chief dafür, daß er den Kuli nicht selber geschlagen hätte, und meinte, daß er mit solchen aufsässigen Elementen leichter fertig würde, wenn alle Ausländer ebenso handeln würden und der Polizei sofort Bericht erstatteten.“

Soweit der Bericht. Man kann hinsichtlich der Richtigkeit der hier behaupteten Tatsachen, daß nämlich ein Rikscha-Kuli das Doppelte des üblichen Fahrgeldes verlangt und obendrein handgreiflich wird, Zweifel äußern. Aber auch dann, wenn alles sich genau so zugezogen hat, wie hier behauptet, bleibt es noch immer ein Fall schamlosen und brutalen Un-

Die englischen Spinner fordern Kampf

Die Mitgliedschaft des englischen Spinner-Verbandes hat sich mit überwältigender Mehrheit geweigert, die von den Gewerkschaftsführern zur Annahme empfohlenen Lohnsenkungen anzunehmen und beschloß, am Montag in den Streik zu treten.

Französische Eisenbahner gegen Lohnabbau.

In der Pariser Arbeitsbörse fand eine Massenversammlung von 8000 Lokomotivführern statt, die gegen die von den Eisenbahngesellschaften geplanten Lohnkürzungen protestierten.

Im Zeitalter der Technik.

Unfälle über Unfälle.

Vor einigen Tagen erschien in einer deutschen Zeitung ein Bericht über ein schweres Zugunglück, das sich vor etwa zwei Wochen in Rußland ereignet hat und bei dem ungefähr 40 Personen ums Leben gekommen sein sollen. Diese Nachricht wird nun aus Moskau amtlich bestätigt. Die GPU hat fünf Eisenbahnbeamte festgenommen. Ein Angeklagter wurde wegen fahrlässiger Handlungsweise zum Tode verurteilt, die übrigen vier zu Gefängnisstrafen von vier bis sechs Jahren.

Das Nachtflugzeug London-Köln hatte Sonnabend nacht einen Unfall und ist — belgischen Meldungen zufolge — von einem unbekanntem Dampfer im Kanal aufgenommen worden. Weder von dem Dampfer noch von dem Schicksal der Insassen des Flugzeuges liegen irgend welche Meldungen vor.

In Dellys in Algier wurden sechs Arbeiter bei Bauarbeiten durch einen Erdbeben lebendig begraben. Nur zwei von ihnen konnten gerettet werden.

In Oran in Algier versagten bei einem vollbesetzten Autobus die Bremsen auf einer abschüssigen Landstraße. Drei Personen, die sich durch Abspringen aus dem mit ungeheurer Geschwindigkeit dahinrasenden Wagen retten wollten, wurden gegen Bäume geschleudert und waren auf der Stelle tot. Fünf andere erlitten schwere Verletzungen.

In Nordholland fuhr ein Auto, das auf der nassen Straße ins Schleudern kam, in den Kanal. Die vier Insassen sind ertrunken.

Tod in der Hochofenglut.

Furchtbarer Betriebsunfall in Mülheim an der Ruhr.

Am Sonnabend fiel bei Reparaturarbeiten am Hochofen der 48 Jahre alte Vorarbeiter Peter Bohrmann auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim an der Ruhr in das annähernd 2000 Grad heiße Hochofenfeuer und verbrannte sofort. Bei der Öffnung der Hochofenglocke ereignete sich ein weiterer Unfall, eine Stichflamme verletzte einen Betriebsingenieur und vier Arbeiter schwer.

Auch der tschechische und der polnische Gesandte haben sich beim österreichischen Bundeskanzler wegen der Schlägereien an der Wiener Universität beschwert.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: 27 Jannowitz 5909. Druck: A. Jantschewski, Buchdruckerel und Verlags-GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

rechts. Ein Kuli, den Fahrgäste mit der Fußspitze zu größerer Eile anzutreiben pflegen, macht den Versuch, seinen Fahrgast einzuschüchtern; der Fahrgast, der vielleicht kurze Zeit darauf den zehnfachen Betrag des Fahrgeldes für Whisky-Soda verausgabte, stellt sich auf den Standpunkt des ordnungsliebenden Staatsbürgers und geht zum Polizei-Chief (die Korrektheit dieses Fahrgastes ist vermutlich auch sonst zum Fallstrick des Rikscha-Kulis geworden, der sie als Schüchternheit mißdeutete); und der allmächtige Polizei-Chief „erledigt den Fall in der üblichen Weise“, wohl in der Hoffnung, dadurch das Vertrauen der Ausländer in Hankau zu gewinnen. „Erfreulich“ nennt denn auch der Zeitungskorrespondent diesen Vorfall, der mit dem unbedachten Aufmucken eines Kulis begann und damit endete, daß dieser unvorsichtige Mann über den Stand der Machtverhältnisse gründlich belehrt wurde.

Was hat Leipart wirklich gesagt? Entgeisungen Thälmanns in seiner Düsseldorf Rede.

Am 29. Oktober sprach Ernst Thälmann in einer großen Kundgebung der KP in Düsseldorf. In seiner Rede stellte er die phantastische Behauptung einer „Einheitsfront Leipart-Stegerwald-Strasser“ auf, was er mit angeblichen Äußerungen Leiparts „begründete“. Thälmann behauptete, Leipart habe (in seiner Bernauer Rede) gesagt:

„1. Die Gewerkschaften seien national. Soweit ich (Thälmann) die Klassenbewußten Arbeiter in den Gewerkschaften kenne, ist es der Stolz jedes Gewerkschaftlers, sich zum proletarischen Internationalismus zu bekennen. 2. sagt Leipart: Die Gewerkschaften seien neutral. Das bedeutet (?), daß sie nicht so wie bisher, nur der SPD, sondern in Zukunft auch der NSDAP untergeordnet werden sollen.“

Was hat nun Leipart wirklich gesagt? Die einzige Stelle in der Bernauer Rede Leiparts, auf die sich Thälmanns erste Behauptung beziehen kann, lautete: „Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren (! nämlich während des Weltkrieges, D. Red.) national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit.“ Die erste Hälfte des Satzes ist zwar eine völlig unnötige nationalistische Bemerkung (die aber nicht schlimmer gewertet werden kann als die sich gerade jetzt häufenden nationalistischen Entgeisungen der KPD), auf „der die Fesseln des Versailler Vertrages schwerer denn je“ lasten, der zweite Teil des Satzes enthält aber zweifellos, wenn auch lahm, ein Bekenntnis zum Internationalismus. Ähnlich verhält es sich mit der zweiten Stelle, auf die sich Thälmann bezieht. Leipart sagte wörtlich: „Unsere Bestrebungen gegen ... über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen.“ Wie man daraus eine Bereitschaft der Freien Gewerkschaften herauslesen kann, mit der NSDAP engere Fühlung zu nehmen, ist völlig unverständlich, denn „das Ganze“, von dem Leipart hier spricht, die gewerkschaftlichen Kampfziele werden ja von der NSDAP sowohl theoretisch abgelehnt, als auch praktisch bekämpft. Im übrigen enthält der Satz nur ein Bekenntnis zu dem alten Grundsatz der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften.

Entweder hat also Thälmann die Rede Leiparts gar nicht gelesen und man hat ihm falsch berichtet, oder er hat wirklich nicht verstanden, was Leipart sagen wollte, dann kann man die Partei nur bedauern, die einen solchen Führer hat, oder schließlich, Thälmann hält es für angebracht, ihm nicht angenehmen politischen Gegnern alles unterzuschreiben, was sie in den Augen seiner Parteifreunde herabsetzen kann. R. H.

Streikverbot.

Die Nanking-Regierung hat am 11. September ein neues Gesetz über die Schlichtung von Arbeitskonflikten beschlossen. Danach ist der Streik der Arbeitnehmer praktisch zu einer gesetzwidrigen Handlung erklärt worden. In einer ganzen Reihe von Unternehmungen (Staatlichen Munitions- und Waffenfabriken, Wasser-, Elektrizitäts- und Gas-Werken, Post, Telegraph, Telephon, Eisenbahn, Straßenbahn, Schifffahrt und Omnibus) ist das Streiken überhaupt verboten. In allen anderen Betrieben müssen mindestens zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder sich in einer geheimen Abstimmung für den Streik erklärt haben, wenn der Streik als legal gelten soll. Aber auch hier besteht für die Regierung die Möglichkeit einzugreifen und einen Schiedsspruch zu erlassen, gegen den es keine Berufung gibt. Der Schiedsrichterausschuß besteht aus fünf Mitgliedern, von denen nur einer Gewerkschaftler ist, und zwar einer, der nicht dem am Konflikt beteiligten Unternehmen angehört.

Bundestag des Deutschen Beamtenbundes.

Am Donnerstag und Freitag veranstaltete der Deutsche Beamtenbund (DBB) in Berlin seinen 8. ordentlichen Bundestag. Der bisherige Bundesvorstand Flügel ist mit überwältigender Mehrheit wieder gewählt worden. Im Laufe der Verhandlungen wurde unter anderem eine Entschließung gefaßt, in der noch einmal

der Grundsatz der parteipolitischen Neutralität mit Nachdruck betont wurde.

Es war nämlich zu Angriffen auf die Unterzeichnung des gemeinsamen Aufrufs der Gewerkschaften zum 20. Juli durch den DBB gekommen. Abgelehnt wurde die Forderung, jede Zusammenarbeit mit anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aufzugeben. Alle Mißtrauensanträge und Anträge auf Maßregelung der Unterzeichner des Gewerkschaftsaufrufs vom 20. Juli wurden ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt. — Erfreulich deutlich rückten die Vertreter des Verbandes preußischer Polizeibeamter und des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten von den nationalsozialistischen Wählereien im DBB ab. Von dieser Seite wurde auch

der charakterlose Gesinnungswechsel einer ganzen Anzahl von Beamten infolge des politischen Kurswechsels in den vergangenen Jahren gebührend gekennzeichnet.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Pflanzen-Butter

(vegetable Margarine) garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postcheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“ Reformhaus Gesundheitsquelle Berlin, Köpenicker Straße 96

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
Ab 28. Oktober:
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films „Waldmensch“
Regie: Alex Litwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten“, Neue Fassung Fischinger Nr. 8: „Riesen des Urwaldes“.
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funke“! Unterstützt Eure Zeitung! Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit Klebmarken mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebmarken noch heute bei der Buchdruckerei Oscar Wuttig, Gehlhausen, Hessen-N.

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

**Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung?
Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?**
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:
**Führt Geldreform
aus Kapitalismus und Krise?**
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer.
52 Seiten. Gehaltf. 0,40 M.
Aus der Presse-Urteilen:
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geldreform geben dem Leser fernhin die Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, dergleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 163, vom 17. Juni 1932.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto Berlin 313 42.

Sechs Arbeiterleben für zehn Jahre vernichtet.

Wieder die Terror-Notverordnung.

Dieses Urteil zeigt wieder die ganze Furchtbarkeit dieser Notverordnung.

Der Vorgang: Eine Viertelstunde nach Inkrafttreten der Terror-Notverordnung (am 10. August) hatte eine größere Gruppe linker Arbeiter den Reichswahrsoldaten Körner in Erlangen-Büchenbach auf der Straße angepöbeln und ihn und zwei seiner Kameraden auf das Gehößt des Vaters Körner verfolgt und mißhandelt. So meldete damals die Polizei.

Der Staatsanwalt beantragte gegen 13 Angeklagte insgesamt 115 Jahre Zuchthaus!

Das Urteil der Großen Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth wurde am Sonnabend nacht gefällt: sechsmal zehn Jahre Zuchthaus; dreimal ein Jahr Zuchthaus, einmal sechs Monate Gefängnis; sechsmal Freispruch.

Die Barbarei der Verbindung von Terror-Notverordnung und Sondergerichtsjustiz wird durch dieses Urteil wieder grell beleuchtet. Glücklicherweise ist es nicht von einem Sondergericht gefällt worden; es ist also nicht endgültig. Außerdem kann man den hier Verurteilten nicht verweigern, was man den Mördern von Potempa zugebilligt hat: eine Herabsetzung der Strafe, weil sie noch nicht hatten wissen können, daß die neue ungeheure Zuchthausstrafe bereits Gesetz war.

Die Königsberger Attentäter unter mildernden Umständen!

Am Sonnabend hat das Königsberger Sondergericht die ersten Urteile zu den nationalsozialistischen Terrorakten in Königsberg vom 1. August gefällt. Diese Terroraktionen in der Frühe nach dem Wahlsonntag umfaßten: 1. Revolverattentate auf Arbeiterführer in deren Wohnungen; dabei mehrere Schwerverletzte und ein Toter (der Kommunist Sauff); 2. Bombenattentate auf das Otto-Braun-Haus und andere Zeitungsgebäude; 3. Brandstiftungen. Die Untersuchung gegen die Verbrecher der ersten und zweiten Kategorie ist immer noch nicht bis zur Gerichtsverhandlung gediehen.

Lediglich wegen einiger Brandstiftungen (an einem Schuppen und einer Laube) und einem mißglückten Brandstiftungsversuch an einer Tankstelle wurde am Sonnabend in zwei Verfahren verhandelt. Die beiden ersten Brandstiftungen hatte der SA-Führer Burow angestiftet, der Flaschen mit Bronnstoff verteilt und seine Leute auf unbedingten Gehorsam und Verschwiegenheit vereidigt hatte. Bei der Voruntersuchung hatten die Angeklagten im wesentlichen ein Geständnis abgelegt.

Urteil: Für Burow ein Jahr sechs Monate Zuchthaus; für siebzehn weitere Angeklagte Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr (insgesamt 128 Monate).

Wie wohlwollend diese „Bestrafung“ ist, läßt sich durch eine Vergleichung mit einem entsprechenden

Urteil gegen links gar nicht zeigen, da uns derartige Brandstiftungen von linker Seite nicht bekannt sind. Es ist aber schleierhaft, wie dieses Urteil mit dem Strafgesetz in Einklang gebracht werden kann. Denn dort ist für Brandstiftung Zuchthaus vorgeschrieben, und nur in dem Fall der Brandstiftung an toten Gegenständen außer Kirchen und menschlichen Behausungen kann im Falle mildernder Umstände Gefängnisstrafe eintreten. Mildernde Umstände?

Wir dürfen nicht aussprechen, worin hier der in Wahrheit mildernde Umstand gelegen hat.

Darüber wird aber niemand im Zweifel sein, der die politische Justiz in Deutschland verfolgt hat, über die wir auch in dieser Nummer Material bringen.

Ein Arbeiterfeind.

Staatsanwaltschaftsrat Mittelbach

In Berlin ging neulich gegen drei junge Arbeiter vor, die am 6. September die Polizei um Feststellung von Nazis gebeten hatten, die jene drei Arbeiter angegriffen hatten (Stargarder Straße, Ecke Schönhauser Allee in Berlin). Auf dem Polizeirevier wurden damals die SA-Leute entlassen, während die drei Arbeiter verhaftet wurden: Verfahren wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung.

Drei unparteiische Zeugen, die beobachtet hatten, daß die Nazis die Angreifer waren, wurden von der Verteidigung drei Tage nach dem Zusammenstoß Herrn Mittelbach namhaft gemacht, von ihm jedoch nicht vernommen.

Acht Tage nach dem Zusammenstoß hatte er seine Anklageschrift fertig, gestützt allein auf die Zeugenaussagen der Nazis. Das Landgericht I trat jedoch den einträchtigen Bemühungen von Polizei und Staatsanwalt die drei Arbeiter der Terror-Notverordnung ans Messer nicht bei: am Freitag vernahm es zu Beginn der Verhandlung die unparteiischen Zeugen, wonach sofort die Anklage zusammenbrach. Alle drei wurden freigesprochen.

Herr Mittelbach ist durch seine Verdienste um die Straflosigkeit der Mörder der beiden Kommunisten von Siemensstadt (vom 13. Juli) bekannt. Im Prozeß über diesen Mord vertrat Mittelbach vor dem Sondergericht die Anklage. Da die Polizeibeamten auf der Straße gut gearbeitet und die Gruppe von elf Nazis, aus der heraus die tödlichen Schüsse gefallen waren, namentlich festgestellt hatten, griff Mittelbach zu dem Mittel, gegen diese Gruppe die Landfriedensbruch-Anklage überhaupt nicht zu eröffnen. Der Schütze selber wurde nicht mit Sicherheit ermittelt. So kamen im ganzen nur ein paar geringe Strafen wegen Widerstandes u. s. w. heraus.

Von Mittelbach ist weiter bekanntgeworden, daß er sich zu Steinäckers Klassenjustizstandpunkt, wonach bei der Strafzumessung Kommunisten und Nazis mit zweierlei Maß behandelt werden sollen, bekannt hat.

Der Terror am Wochenende.

Ein Reichsbannermann tot. Mehrere Schwerverletzte.

In Hamburg kam es am Sonnabend und Sonntag zu einer Reihe schwerer Zusammenstöße von Nazis mit politischen Gegnern. An Opfern sind außer denen, die an anderer Stelle erwähnt sind, gemeldet:

Bei einer Schießerei vor einem Nazilokal im Heidonkampweg am Sonntag waren mehrere Verletzte vom „Reichsbanner“ und mehrere von der SA.

Bei einer Schlägerei mit Nazis in der Holstenstraße am Sonntag erhielt der Kommunist Schwarz einen Bauchschuß. Die herbeieilende Polizei schoß und brachte dem Kommunisten Borowski einen Kopfschuß bei.

SS bläst SA den Marsch. Anlässlich eines „Armeemarschabends“ kam es in Groß-Gleidingen bei Braunschweig am Sonnabend zu einer Saalschlacht. Die Hitler-Leute hieben mit Kuhlketten, Totschlägern, Stuhlbeinen u. s. w. aufeinander ein. Ergebnis: drei Schwerverletzte, sieben Leichtverletzte.

Nächtlicher Zusammenstoß in Berlin. In der Nacht zum Sonntag kam es in der Schönhauser Allee in Berlin zu einer politischen Schlägerei von Nationalsozialisten mit Passanten. Ein Passant wurde leicht verletzt. Sieben Personen, darunter drei Nazis, nahm die Polizei fest.

Unerhörtes Urteil der ungarischen Klassenjustiz.

B.s. Von Montag bis Mittwoch der vergangenen Woche fand die Hauptverhandlung gegen die im Juli zusammen mit den standrechtlich hingerichteten kommunistischen Funktionären Sallai und Fürst festgenommenen Kommunisten statt. Friedrich Karikas wurde wegen versuchten gewaltsamen Umsturzes der Staatsgewalt zu vier Jahren Zuchthaus, Kilian wegen desselben Verbrechens zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten wegen Beteiligung am Umsturzversuch zu insgesamt 25 Monaten Gefängnis verurteilt. Einige der Angeklagten mußten wegen völligen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Wir kommen auf die Hintergründe des Urteils noch zurück.

„Verband nationalgesinnter Soldaten“ wieder tätig!

Die Pape n-Regierung hat das im Jahre 1922 erlassene Verbot gegen den völkischen und monarchistischen „Verband nationalgesinnter Soldaten“ aufgehoben! Dieser nimmt jetzt mit Energie seine Tätigkeit wieder auf. In erster Linie will er sich dem Freiwilligen Arbeitsdienst („bis zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsdienstpflicht“) und dem „Wehrsport“ widmen.

Ein neuer Feind, auf den die klassenbewußten Arbeiter ein wachsames Auge haben müssen!

Auf wiederholte Anfragen teilt der ISK mit, daß er für seine Veranstaltung am 3. November selbstverständlich auch Redner der KPD und der SAP (auch noch anderer Organisationen) eingeladen hat. Weitere Zusagen als die gemeldeten liegen nicht vor.

Pleite in Preußen.

Trotz der neuen Leute!

In einem Schreiben Dr. Brachts an den Reichskanzler Pape n und den Reichsinnenminister Gayl vom 18. Oktober, das der „Nationalsozialistische Pressedienst“ veröffentlicht, weist Bracht auf den

bedrohlichen Ernst der Finanzlage der preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände

hin. Die Rückstände der preußischen Gemeinden an nichtabgelieferten Staatssteuern hätten sich am 31. August auf 199,6 Millionen Mark belaufen und seien seitdem weiter gestiegen.

Das Funktionieren des Staatsapparates sei infolge dieser hohen Rückstände in Frage gestellt.

Interessantes Dementi der Reichsregierung.

Vor einiger Zeit waren Gerüchte laut geworden, daß der Verlag Mosse und das „Berliner Tageblatt“ mittelbar vom Reich unterstützt würden. Die Reichsregierung erklärte, daß diese Behauptungen unzutreffend seien. Trotz dieser Erklärung forderte jetzt ein Nachrichtenblatt die Erklärung, daß dem Verlag Mosse nicht auf ähnlichen Wegen, wie sie im Klepper-Untersuchungsausschuß erörtert wurden, Gelder zugeleitet würden oder zugeleitet werden sollten. Von „zuständiger Stelle“ wird nun, wie die „Telegraphen-Union“ mittelt, darauf hingewiesen, daß sich die seinerzeitige Antwort der Reichsregierung

auf alle Möglichkeiten bezogen

habe. Es sei nicht irgend wie beabsichtigt, eventuell auch auf Umwegen, dem Mosse-Verlag Zuschüsse zuzuleiten. — Ein erneutes Zugeständnis von Subventionsmöglichkeiten auf Umwegen.

Nationalsozialistische Kriegsübungen.

Goebbels hetzt zum Terror.

Am Sonntag hielt die SA von Berlin und Brandenburg auf Übungsplätzen in Schönholz und Neukölln mit mehreren tausend Mann militärische Übungen ab. Zum Abschluß wurden „Gasschutzübungen“ durchgeführt und Papphäuser durch eine Fliegerstaffel (!) in Brand gesetzt, um — wie in kindlicher Einfachheit berichtet wird — „die Gefahr von Luftangriffen vor Augen zu führen“. — Bemerkenswert waren die Reden Dr. Goebbels an die SA, in denen er ganz offensichtlich zum Terror hetzte, indem er ausführte, heute sei der „rote Terror“ gebrochen, es gelte jetzt, in den letzten acht Tagen des Wahlkampfes den zum Stehen gebrachten Gegner aus der Verteidigung heraus anzugreifen und dafür zu sorgen, daß er sich am Ende des Wahlkampfes auf der Flucht befinde. Die Früchte dieser Hetzrede werden sich bald in der Zunahme der Opfer nationalsozialistischer Terrors zeigen!

„Reichsbanner“ tritt der Internationale der Kriegsteilnehmer bei.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners hat in einer Vorstandssitzung einstimmig beschlossen, der „Cimac“ beizutreten. „Cimac“ ist die allgemein angewandte französische Abkürzung für „Internationale Arbeiter-Gesellschaft der Verbände der Kriegsteilnehmer“. In der Erklärung sind

Demokratie - Diktatur - Führerschaft.

(Die Lehren der deutschen Revolution.)

Öffentliche Diskussion im großen Saal der „Sophiensäle“, Sophienstraße 18, am Donnerstag, dem 3. November, 20 Uhr.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet:

Heinrich Brandler (KPD-O), Willi Eichler (ISK), Karl Emonts (SPD), Hugo Urbahns (Leninbund).

Das einleitende Referat hält Maria Hodann (ISK).

Eintritt 20 Pfg.
Für Erwerbslose 10 Pfg.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.
Ortsverein Berlin.

26 Landesverbände fast aller Staaten des europäischen Festlandes mit etwa vier Millionen Mitgliedern zusammengeschlossen.

Doch Konkordat in Baden?

Die Haltung der SP nur ein Wahlmanöver?

Bei dem Konkordat der katholischen Kirche mit dem Freistaat handelt es sich hauptsächlich um folgendes:

Die katholische Kirche hatte bisher zwei Weltanschauungsprofessuren an den badischen Universitäten, die ihr aber nur aus Entgegenkommen gewährt wurden; das Konkordat würde der Kirche einen Rechtsanspruch darauf zuerkennen. Ebenso würde das Besetzungsrecht des Staates bei den Heidelberger theologischen Professuren erheblich eingeschränkt und der Lehrstuhl für praktische Theologie ganz der herrschenden dogmatischen Richtung innerhalb der katholischen Kirche ausgeliefert. Die staatlichen Subventionen für die Kirche, die bisher zum Teil nur auf Grund des „Herkommens“ bezahlt wurden, würden ebenfalls zu Rechtsansprüchen der Kirche gegenüber dem Staate und außerdem wohl wesentlich erhöht werden. In dem Konkordat wird der Religionsunterricht als „ordentliches Lehrfach“ festgelegt und muß „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Kirche“ erteilt werden, wobei die Bestimmungen des Artikels 149 der Reichsverfassung bewußt weggelassen werden, die dem Lehrer ohne jeden persönlichen Nachteil das Recht der Niederlegung des Religionsunterrichts und den Eltern und Erziehungsberechtigten die Entscheidung über die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht vorbehalten.

Leider hat es den Anschein, als ob die unerwartete Schwankung der badischen SP, die sich plötzlich gegen den Abschluß des Konkordats erklärte,

nur ein Wahlstrag

sei. Dafür spricht, daß die badischen Zentrumsmitglieder den sozialdemokratischen Schritt schon wieder „ruhiger beurteilen“ und erklärt haben, es sei ja noch keineswegs ausgemacht, daß die SP gegen das Konkordat stimmen werde, wahrscheinlich werde sie sich nur der Stimme enthalten, und dann bestünde durchaus die Möglichkeit, daß das Konkordat zur Annahme komme, da dann nur noch die Opposition der Kommunisten und der Staatspartei zu rechnen sei. Auch die ganze Vor-

geschichte der Konkordatsverhandlungen deutet darauf hin, daß es der SP mit ihrer plötzlichen Konkordatsfeindlichkeit nicht allzu ernst sei. Die Verhandlungen mit dem Papste wurden nämlich zuerst angekündigt und eingeleitet von dem sozialdemokratischen Unterrichtsminister Remmele. Ferner wurde schon einmal durch Landtagsbeschluß mit den Stimmen der SP abgelehnt, die Verhandlungen einzustellen.

Zentrum in Friedensmaske.

Warum Brüning abrüsten will.

Brüning, der leidenschaftliche Frontsoldat sagte auf einer Kundgebung in Hagen am Sonntag einen Satz, der die Unzuverlässigkeit des Zentrums in der Frage des Friedens um so mehr kennzeichnet, als dies dem Redner anscheinend nicht bewußt geworden ist: „Das deutsche Volk würde nicht in der Lage sein, in den nächsten Jahrzehnten finanziell Schritt zu halten mit den Rüstungen der Nachbarn. „Unsere“ stärkste Waffe sei daher die Abrüstungsforderung.“

Als ob Schleicher sich durch dergleichen „Zwangsreden“ behindern ließe! Er wird in seiner „militärisch geradlinigen Art“ wahrscheinlich denken: Bezahlen tun nachher die Besiegten!

Papen über Verständigungspolitik. Kanonen und Menschenrechte.

In einem der bei der deutschen Regierung jetzt so beliebten Interviews mit ausländischen Pressevertretern, erklärte Reichskanzler von Papen — diesmal dem Korrespondent der argentinischen Zeitung „Nacion“ — daß die deutsch-französische Annäherungspolitik der Hauptpfeiler des Weltfriedens sei. Anscheinend für diejenigen, die über die Stärke dieses Pfeilers einige Zweifel hegen, erklärte Papen weiter, die deutschen militärischen Organisationen seien nichts anderes als die amerikanischen Legionen und die französischen Kriegervereine; jede Beunruhigung sei daher unbegründet.

Er könne nicht verstehen, daß Frankreich, das doch immer von Menschenrechten spreche, Deutschland die gleichen Rechte verweigern wolle.

Er kann also nicht verstehen, daß man jemandem im Interesse der Menschenrechte die Waffen fortnimmt.

Eine Bauhütte in Frankreich.

Ein Gesetz von 1928.

Im Jahre 1928 wurde in Frankreich ein Gesetz gemacht, das den Mangel an Wohnungen in Frankreich beseitigen sollte. „Gesetz von Loucheur“, wie man es nennt, sah in der Frist von fünf Jahren den Bau von 300 000 Wohnungen vor. Wer sollte sich hauptsächlich mit dem Bau dieser Wohnungen beschäftigen? „Öffentliche Büros für billige Wohnungen.“ In jeder Stadt, jedem Departement kann ein solches Büro errichtet werden. Diese Büros haben die Aufgabe, die Banken zu organisieren, Pläne zu studieren, Gelder vom Staat oder aus Anleihen zu sammeln, die Arbeiten an die Unternehmer zu verteilen.

Es gibt in diesem Gesetz von Loucheur besondere Paragraphen, die für die Bauarbeitergewerkschaften wichtig sind. Diese Paragraphen besagen, daß man sich bei der Verteilung der Arbeiten auch an die Bauarbeiter-Produktionsgenossenschaften wenden muß, und daß mindestens ein Viertel der Arbeiten diesen Genossenschaften übergeben werden soll, wenn sie es wollen und wenn sie Durchschnittspreise anbieten. Diese Paragraphen besagen weiter, daß die Unternehmer nicht dazu berechtigt sind, Arbeiten an Zwischenmeister weiter zu verteilen, (ich werde auf die Rolle der Zwischenmeister in der französischen Bauindustrie noch zurückkommen). Ferner, daß die Unternehmer beim Vergeben von Arbeiten Arbeiterorganisationen den Vorzug geben sollen.

Dieses Gesetz gibt also den Bauarbeitergewerkschaften in Frankreich große Möglichkeiten.

Diese Möglichkeiten scheinen um so wertvoller, wenn man weiß, daß die freien Bauarbeitergewerkschaften von Frankreich nicht einmal 50 000 Arbeiter erfassen von den 1 200 000 Bauarbeitern, die es in Frankreich gibt, — wenn man weiß, daß auf den französischen Baustellen dank der Existenz der Zwischenmeister eine schreckliche Ausbeutung herrscht.

Die Zwischenmeister, unser Feind.

Wer sind diese Zwischenmeister?

Es sind Leute, die von Unternehmern Arbeitern zugeteilt bekommen und sich verpflichten, diese Arbeiten für eine bestimmte Summe zu machen. Das Material bekommen sie von dem Unternehmer. Sie haben sich nur mit der Verrichtung der Arbeit zu beschäftigen. Jede Woche bekommt der Zwischenmeister einen Vorschub, der es ihm erlaubt, seine Arbeiter zu bezahlen. 10 Prozent des Wertes der Produktion werden zurückgehalten als Garantie. Diese Zwischenmeister stellen nicht viele Arbeiter an. Die Arbeit muß gut zu übersehen sein, und sie soll schnell gehen. In jedem Bautruppgibt es Antreiber, die immer hinter den Arbeitern her sind, um zu sehen, ob sie genug Backsteine gelegt haben, genug gemalt, genug vorgipst haben. Rücksichtslos werden Schwache und Alte entlassen, und die Arbeit ist nur eine Hast. Am Abend kommt man nach Hause mit lahmen Gliedern. Diese Zwischenmeister werden von Seiten der meisten Bauarbeiter gehäßt; denn unter diesem System ist es keine Freude mehr, zu bauen, die Arbeit ist auch gefährlich: damit es schneller geht, werden zum Beispiel die Gerüste nicht sorgfältig gemacht. Dabei werden Hundelöhne bezahlt. Seit 100 Jahren kämpfen die Bauarbeiter Frankreichs gegen dieses System. Das Ergebnis ist mager, besonders nach dem Krieg hat das System der Zwischenmeister an Verbreitung gewonnen, weil diese Leute ausländische Arbeitskräfte (italienische, spanische, polnische, portugiesische) hatten, die bereit waren, unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten, und heute ist es für den Bauarbeiter in Frankreich kaum möglich, den Zwischenmeistern auszuweichen.

Ungenutzte Möglichkeiten . . .

Die Möglichkeiten des Gesetzes von Loucheur sind für jeden Baugewerkschaftler wichtig. Sie erlauben es ihm, Arbeitergenossenschaften zu gründen und dadurch die Organisation der Kollegen zu erleichtern.

Haben die freien Bauarbeitergewerkschaften von Frankreich diese Möglichkeiten ausgenutzt?

In der Pariser Gegend gar nicht (ich besitze im Augenblick kein Material über die Provinz). Und dabei sind auf Grund des Gesetzes von Loucheur in der Umgebung von Paris und in Paris selber in den vorigen Jahren für 1 Milliarde Mark Wohnungen gebaut worden!

Daran schuld ist wohl die Schwäche der Bauarbeitergewerkschaften von Paris und ihr Mangel an Initiative.

Der erste Versuch bei Paris.

Allerdings, ein Versuch ist seit diesem Sommer von einer Gruppe von 40 Maurern und Gehilfen unter der Kontrolle ihrer Gewerkschaft unternommen worden, um die Möglichkeiten des Gesetzes von Loucheur auszunutzen. Ich arbeite in dieser Gruppe seit dem Anfang der Arbeiten. Wir bauen inmitten von Feldern und Wäldern 12 Häuser als Teil einer kleinen Stadt, die dort gebaut wird. Diese 12 Häuser sind jetzt bald fertig. Wir haben mehr als 25 000 Mark Lohn bezahlt.

Diese Arbeit ist nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen. Wir haben einen Vertrag mit dem Unternehmer gemacht, der den Bauauftrag von dem Büro für billige Wohnungen bekommen hat. In diesem Vertrag haben wir vereinbart, daß wir das Material von ihm geliefert bekommen (Backsteine, Mörtel, Gerüste), und wir haben uns verpflichtet, die Bauten in einer bestimmten Frist fertigzustellen. 10 Prozent des Wertes der Produktion erhalten wir — als Garantiesumme für die geleistete Arbeit — zunächst nicht ausgezahlt. Jede Woche sollten wir Abschlagszahlungen vom Unternehmer für die Löhne bekommen.

Und wir sind an die Arbeit herangegangen, ohne etwas Geld im voraus zu haben; die Gewerkschaftskassen sind arm in Frankreich! Die ersten Zahlungen waren fast immer eine kleine Tragödie: werden wir Geld genug haben, um nach dem Gewerkschaftstarif auszahlen zu können? Während einer Woche mußten wir uns mit einem Viertel unseres Lohnes begnügen. Jetzt haben wir diese finanziellen Schwierigkeiten überwunden: wir haben schnell gearbeitet, sodaß wir bei dem Unternehmer Geld get haben. Noch andere Schwierigkeiten haben uns bedrängt: Das Bauunternehmen, das die anderen Arbeiten der Baustelle an Zwischenmeister übergeben hat, sah uns mit einem scheelen Auge an. Es tat nichts, um uns die Arbeit zu erleichtern! Es wußte, warum. Wir waren eine Drohung im Keime: ein Erfolg von uns würde diese Art Arbeit ohne Zwischenmeister begünstigen und ferner das Ge-

nossenschaftswesen auf den Pariser Bauplätzen fördern. Und dadurch würden möglicher Weise die großen Unternehmer überflüssig werden.

Erfolg!

Trotz allem ist es uns gelungen, diese erste Arbeit gut zu Ende zu bringen. Nach den Aussagen des Ingenieurs des Unternehmens haben wir besser und sorgfältiger gearbeitet als der Zwischenmeister, der vor uns andere Häuser auf derselben Baustelle gebaut hat. Der Erfolg: Wir werden jetzt einen anderen Teil der kleinen Stadt bauen. Dank der Qualität unserer Arbeit sind wir

mit dem Zwischenmeister konkurrenzfähig. Und wir haben gute Löhne ausbezahlt.

Am Ende der Arbeiten (Ende Oktober) werden wir sogar ein kleines Kapital haben, einige tausend Francs. Wir werden sie wahrscheinlich in eine Reservekasse tun, um bei der Übernahme neuer Bauaufträge die finanziellen Schwierigkeiten zu vermeiden.

Von reinem Gewerkschaftspunkt gesehen, ist auch ein Erfolg zu verzeichnen:

Wir haben alle organisiert, die mit uns arbeiten.

Viele hatten fast keine Gewerkschaftserfahrungen. Jetzt schätzen sie die Gewerkschaft, die ihnen Arbeit gegeben hat.

Sie haben auch gespürt, was Arbeiter, wenn sie einig sind, machen können.

René Bertholet (Paris).

Mit ernster Sorge . . .

In einer gemeinsamen Sitzung der Aufsichtsräte der Siemens & Halske A.-G. und der Siemens-Schuckert-Werke A.-G. sagte der Vorstand von Siemens & Halske in seinem Bericht:

„Mit ernster Sorge verfolgt die Verwaltung die neueste deutsche handelspolitische Entwicklung. Ihr Schaden für die elektrotechnische Industrie kann noch gar nicht in seinem vollen Umfang ermessen werden. Allein die Ankündigung der Kontingentspolitik hat nicht nur Zurückhaltung auf der ganzen Linie erzeugt, sondern sich sogar schon sehr merklich schädigend ausgewirkt; mit Sicherheit vor dem Abschluß stehende Geschäfte mit alten treuen Kunden sind unter dem ausdrücklichen Hinweis auf obige Ursache an ausländische Konkurrenz gefallen. Die Berichte der Auslandsorganisationen lassen klar erkennen, daß jetzt schon dem Export deutscher Arbeit erheblicher Schaden zugefügt worden ist, dessen Ausdehnung bei Durchführung der angekündigten Maßnahmen jedwede Bemühungen, in Deutschland das Heer der Arbeitslosen zu verringern, zuschanden machen muß.“

Mit ernster Sorge! Wie wäre es mit ernsten Taten? Wie wäre es vor allen Dingen, wenn ernste Industrielle von ersten Vertretern der Arbeiterschaft zu wirklich ernsthafte Schritten gedrängt und gestoßen würden? — t.

Wie steht es um die Reichsfinanzen?

Nach der Veröffentlichung der Steuereinnahmen während der ersten sechs Monate des laufenden Haushaltsjahres (der Monate April bis September) kann man einen gewissen Ueberblick darüber gewinnen, auf welches Gesamtergebnis im laufenden Haushaltsjahr wohl gerechnet werden kann.

Wir geben zunächst, schon um unseren Lesern ein Bild von der unübersichtlichen Fülle der verschiedenen Steuern zu vermitteln, eine Uebersicht, aus der sich auch ergibt, welches Steuersoll im Reichshaushaltsplan für das ganze Haushaltsjahr angesetzt ist; davor stehen die tatsächlichen Steuereinnahmen in den ersten Halbjahren 1931 und 1932.

	Reichssteuern.		Reichshaushaltsplan 1932/33
	Tatsächliche Einnahmen April/September 1931	1932	
Einkommensteuer:			
aus Lohn	562,3	383,5	900,0
vom Kapitalertrag	53,5	26,0	30,0
andere	464,0	261,0	700,0
Körperschaftsteuer	144,7	55,1	120,0
Krisenlohnsteuer	—	52,3	—
Krisensteuer	—	—	140,0
der Veranlagten	—	20,0	—
Vermögenssteuer	208,2	171,0	280,0
Aufbringungsumlage	137,9	177,1	40,0
Erbschaftsteuer	42,7	30,3	70,0
Umsatzsteuer	444,5	649,0	1 820,0
Grunderwerbssteuer	11,4	9,9	24,0
Kapitalverkehrssteuer:			
Gesellschaftsteuer	—	7,4	20,0
Wertpapiersteuer	—	0,2	6,0
Börsenumsatzsteuer	—	4,0	22,0
Kraftfahrzeugsteuer	20,5	98,8	180,0
Versicherungssteuer	114,2	29,0	65,0
Rennwet-			
und Lotteriesteuer	32,0	39,0	90,0
Wechselsteuer	47,2	18,1	42,0
Personen-			
beförderungssteuer	24,5	54,4	112,0
Güterbeförderungssteuer	146,2	41,8	96,0
Obligationsteuer	—	—	—
Reichsfluchtsteuer	—	0,8	—
Zölle	552,5	585,2	1 140,0
Tabaksteuer	385,5	389,9	775,0
Zuckersteuer	103,0	140,1	270,0
Salzsteuer	—	6,3	40,0
Biersteuer	211,1	139,5	300,0
Aus dem Spiritusmonopol	88,0	60,2	130,0
Essigsäure-			
verbrauchsabgabe	1,4	1,6	2,3
Schaumweinsteuer	2,5	2,0	4,5
Zündwarensteuer	4,9	6,0	11,0
Zündwarenmonopol	1,7	2,5	3,5
Leuchtmittelsteuer	3,5	2,7	9,0
Spielkartensteuer	1,2	1,1	2,3
Statistische Abgabe	2,7	2,7	6,0
Süßstoffsteuer	0,4	0,1	0,2
Brantweinersatzsteuer	10,1	0,3	0,4
Mineralwassersteuer	—	0,02	0,1
Mineralölsteuer	5,8	5,2	13,0
Summe	3 847,2	3 352,9	7 464,3

Als Gesamtsteuereinnahmen sind rund 7,5 Milliarden Mark veranschlagt. Im ersten Halbjahr hätten also rund 3,75 Milliarden Mark eingehen müssen. In Wirklichkeit gingen rund 400 Millionen Mark weniger ein. Die Reichsregierung erwartet im zweiten Halbjahr eine Steigerung des Eingangs aus der Umsatzsteuer, aus Saisongründen und weil die Aufhebung der Umsatzsteuer-Freigrenze ja erst am 1. Juli erfolgt ist, also erst im zweiten Halbjahr voll wirken kann. Immerhin muß man wohl, selbst wenn die Krise sich nicht verschärft, mit einem Mindereinkommen von 750 Millionen Mark, also von 10 Prozent, rechnen.

Die alten Einkommensteuern ergeben gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 folgende Mindererträge:

Lohnsteuer	178,8 Millionen Mark
Einkommensteuer vom Kapitalertrag	27,5 Millionen Mark
Andere Einkommensteuer (von Veranlagten)	203,0 Millionen Mark
Körperschaftsteuer	89,6 Millionen Mark
498,9 Millionen Mark	

Dieser Rückgang um rund eine halbe Milliarde Mark ist besonders gefährlich für die Länder und Gemeinden, die bekanntlich an diesen Steuern stark beteiligt sind. Von den insgesamt veranschlagten 1750 Millionen Mark sollen sie 1191 Millionen Mark erhalten. Im Jahr 1930/31 erhielten sie noch 2337 Millionen Mark aus der Einkommensteuer, also

fast das Doppelte. In diesem Jahr werden sie nicht einmal den veranschlagten Betrag erhalten.

Von der Umsatzsteuer ist keineswegs die Hälfte des Jahresvoranschlags im ersten Halbjahr hereingekommen. Die Statistik weist statt 910 Millionen Mark nur 649 Millionen Mark nach. Die Umsatzsteuer wird also den erwarteten Ertrag sicherlich nicht erbringen.

Den drittgrößten Einnahmeposten stellen die Zölle dar. Da all die vielen Zollerhöhungen, die wir erlebt haben, nicht die von vielen erhoffte Wirkung hatten, der Einfuhr vollends den Garaus zu machen, hatten sie die Wirkung, die Reichskasse zu füllen. Der Voranschlag ist im ersten Halbjahr mehr als erreicht worden. Ein teuer bezahlter „Erfolg“! Was wird aus diesem Einnahmeposten, wenn die Autarkie-Bestrebungen sich mehr durchsetzen?

Wir nehmen an, daß die hier veröffentlichten Zahlen sämtlichen Mitgliedern der Reichsregierung bekannt sind. Das Urteil über ihre immer neu zutage tretende Subventionenfreigabe ergibt sich für den aufmerksamen Leser dieser Zahlen von selber. H. H.

Papens „völlig ausreichender Erfolg“.

Namens der deutschen Buchhändler hält Professor Monz in einem Aufsatz „Zur Wirtschaftsfrage“ („Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ Nr. 242) mit einer „gewissen Spannung“ schon jetzt „Ausschau nach Anzeichen für eine positive Wirkung der Ankurbelungsmaßnahmen der Reichsregierung“. Da „in den Statistiken Auswirkungen der Maßnahmen erst nach einiger Zeit ihren Niederschlag finden und sichtbar werden“, so „dürfte es unter diesen Umständen auch richtiger sein, in der Bewertung der jüngsten Zahlen des Arbeitsmarktes einige Zurückhaltung zu üben“; denn „an sich ist es unter allen Umständen schon ein Gewinn, wenn weitere Freisetzung von Arbeitskräften vermieden und verhütet werden konnte. Läßt sich das als Folge des neuen Regierungskurses erweisen, so ist tatsächlich ein erster Erfolg da, den man auch als zunächst völlig ausreichend bezeichnen könnte“.

Wie bescheiden sind doch die deutschen Buchhändler, die „Kulturbringer“ geworden, oder sind sie mit ihren täglich wachsenden Konkursen und Vergleichen so beschäftigt, daß sie nicht mehr sehen können, wie es aussieht und was für Maßnahmen notwendig sind, um die wirtschaftliche Lage gerade auch der Buchhändler zu verbessern? E. I.

DEUTSCHLAND

Sinkender Umsatz im Textileinzelhandel: Nach Mitteilung der „Textil-Woche“ war der Monatsumsatz im September — Saisonschwankungen ausgeschaltet — niedriger als im Vormonat, hat allerdings den tiefsten Punkt des Juli nicht erreicht.

Sinkender Umsatz der Konsumgenossenschaften: Der Umsatz von 153 Konsumgenossenschaften, die monatlich an den Zentralverband Deutscher Konsumvereine berichten, betrug im September 45,6 Millionen Mark nach 48,8 Millionen Mark im August. Im September 1931 hatte der Umsatz noch 62,6 Millionen Mark betragen.

Spareinlagen wieder gesunken:

Spareinlagen Ende August	9 734 Mill. Mark
Zugang im September:	
echte Neueinlagen	358 „ „
Zinsgutschriften	2 „ „
Aufwertungsgutschriften	6 „ „
Auszahlungen im September	10 100 Mill. Mark
	371 „ „
	9 729 Mill. Mark

Der Einlagenbestand hat also wieder um 5 Millionen Mark abgenommen, nachdem im vorigen Monat seit langer Zeit erstmalig eine Zunahme um 15 Millionen Mark zu verzeichnen war.

Eine Industrie mit 5 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt: Die im Basalt-, Lava-, Bord- und Pflasterstein-Verband zusammengeschlossenen Werke sind nur mit 5 Prozent ihrer normalen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Sie hatten nach den vielen Ankündigungen über Arbeitsbeschaffungsprogramme (Straßenbau) mit besserer Beschäftigung gerechnet und lassen nun enttäuscht mitteilen, „von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm sei so gut wie nichts zu spüren“.